

Paderborn, Samstag, 21. April 2018

8. Sitzung des 46. Studierendenparlaments

Gremium: Studierendenparlament

- Datum: 18.04.2018
- Uhrzeit: 14:15
- Ort: B3.231
- Protokollant: Roman Patzer-Meyer

Vorläufige Tagesordnung

1. Eröffnung, Begrüßung und Regularien
 1. Begrüßung und Regularien
 2. Protokolle
2. Berichte
 1. Bericht des Präsidiums
 2. Bericht der stud. Senatoren
 3. Bericht der stud. Mitglieder des Verwaltungsrates des StwPB
 4. Bericht des Haushaltsausschusses
 5. Bericht des Sitzungsausschusses
 6. Bericht des Ausschusses für Hochschulwahlen
 7. Bericht des AStA
 8. Sonstige Berichte
3. Antragstop: Wahl einer Wahlleitung
4. Antragstop: Wahl eines Wahlaufsichtsausschusses
5. Antragstop: Anerkennung der Initiative ‚ALETHEIA‘
6. Diskussionstop: Benennung eines studentischen Mitglieds und Stellvertretung für den Wahlvorstand der Senats- und Fakultätsratswahlen
7. Diskussionstop: Sommerfestival 2018
8. Antragstop: Beitragsordnung Wintersemester 2018/2019
9. Verschiedenes

1 ERÖFFNUNG, BEGRÜßUNG UND REGULARIEN

Die 8. Sitzung des 46. Studierendenparlaments wird am 18.04.2018 um 14:17 Uhr durch Kira Lietmann eröffnet. Weiterhin sind Roman Patzer-Meyer und Lea Biere für das Präsidium anwesend. Kira Lietmann gibt an, dass Jana Persien Lokman Kara, Prashant Kumar Soni entschuldigt seien. Des Weiteren lässt sich Niels Siemensmeyer durch Falk Lawerenz vertreten, welcher sich durch Niklas Schröder vertreten lässt. Kira Lietmann stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden sei. Sie gibt an, dass es noch keine Protokolle zum Beschließen gäbe, was im Bericht des Präsidiiums thematisiert würde.

Kira Lietmann fragt, ob es Änderungsvorschläge zur Tagesordnung gebe.

- Janina Beckmeier schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 8 (Beitragsordnung Wintersemester 2018/2019) als zweiten Tagesordnungspunkt zu behandeln. Die Änderung wird übernommen.
- Carsten Müller schlägt vor, den jetzigen Tagesordnungspunkt 7 (Benennung eines studentischen Mitglieds und Stellvertretung für den Wahlvorstand der Senats- und Fakultätsratswahlen) als fünften Tagesordnungspunkt zu behandeln. Die Änderung wird übernommen.
- Nikolai Rodehuts Kors schlägt vor, den jetzigen Tagesordnungspunkt 4 (Wahl einer Wahlleitung) als zweiten Tagesordnungspunkt zu behandeln, da hierfür Gäste anwesend seien. Die Änderung wird übernommen.
- Gerrit Mauritz schlägt vor, den jetzigen Tagesordnungspunkt 7 (Anerkennung der Initiative ‚ALETHEIA‘) als dritten Tagesordnungspunkt zu behandeln, da hierfür auch Gäste da seien.
- Carsten Müller schlägt vor, den Tagesordnungspunkt zu vertagen, da die Satzung erst am Morgen herumgeschickt wurde und bis jetzt noch nicht von ihm ausreichend durchgearbeitet werden konnte.
- Kira Lietmann fragt Lisa Rupp als Antragsstellerin, ob sie den Tagesordnungspunkt vertagen lassen will.
- Lisa Rupp antwortet, dass sie den Tagesordnungspunkt nicht vertagen lassen will.
- Kira Lietmann gibt an, dass somit über die Vertagung im Parlament abgestimmt werden muss.

Es wird über die Vertagung des Tagesordnungspunktes abgestimmt:

Ja: 8

Nein: 4

Enthaltungen: 13

Da die Anzahl an Enthaltungen die Anzahl der Summe der Ja- und Nein-Stimmen übersteigt, muss noch einmal abgestimmt werden.

Ja: 15

Nein: 7

Enthaltungen: 3

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

- Kira Lietmann informiert Lisa Rupp darüber, dass die nächste Sitzung am 2. Mai stattfinde. Die derzeitige Satzung müsse sie nicht noch einmal an das Präsidium schicken.

Es wird über die vorläufige Tagesordnung abgestimmt:

Ja: 24

Nein: 0

Enthaltungen: 1

Die vorläufige Tagesordnung wird angenommen.

Genehmigte Tagesordnung

1. Eröffnung, Begrüßung und Regularien
 1. Protokolle
 2. Begrüßung und Regularien
2. Antragstop: Wahl einer Wahlleitung

3. Antragstop: Beitragsordnung Wintersemester 2018/2019
4. Berichte
 1. Bericht des Präsidiums
 2. Bericht der stud. Senatoren
 3. Bericht der stud. Mitglieder des Verwaltungsrates des StwPB
 4. Bericht des Haushaltsausschusses
 5. Bericht des Sitzungsausschusses
 6. Bericht des Ausschusses für Hochschulwahlen
 7. Bericht des AStA
 8. Sonstige Berichte
5. Antragstop: Wahl eines Wahlaufsichtsausschusses
6. Diskussionstop: Benennung eines studentischen Mitglieds und Stellvertretung für den Wahlvorstand der Senats- und Fakultätsratswahlen
7. Diskussionstop: Sommerfestival 2018
8. Verschiedenes

Kira Lietmann stellt fest, dass das Parlament mit 25 Parlamentariern beschlussfähig sei.

2 ANTRAGSTOP: WAHL EINER WAHLLLEITUNG

- Kira Lietmann fragt nach Vorschlägen.
- Sascha Burmeister schlägt Till Rogalski, Leonard Heimann sowie Sascha Burmeister als Wahlleitung vor.
- Till Rogalski, Leonard Heimann und Sascha Burmeister stellen sich vor.
- Carsten Müller fragt, ob die drei Kandidaten eine Kampfkandidatur veranstalten wollen, oder ob sie sich die Ämter bereits aufgeteilt haben.
- Sascha Burmeister gibt an, dass sie keine Kampfkandidatur veranstalten wollen würden. Leonard Heimann würde als Vorsitz, Till Rogalski und Sascha Burmeister als Stellvertreter antreten.
- Gerrit Mauritz fragt, ob sie bereits Konzepte ausgedacht hätten.

- Sascha Burmeister gibt an, dass bisher nur ein Brainstorming stattgefunden hätte. Das gesamte Konzept stünde noch nicht fest. Es würden vorab viele Gespräche mit interessierten Personen stattfinden, um Dinge zu verbessern, die bei den letzten Wahlen nicht so gut funktioniert hätten; hierzu gehörten insbesondere die Kommunikation mit den Fachschaften sowie auf Ebene der StuPa-Wahlen. Hierzu gäbe es noch nicht so viel Feedback, da sie dabei nicht sonderlich involviert gewesen seien; das Gespräch mit AStA&Co würde gesucht werden. Des Weiteren hoffe er, dass es Ansprechpartner oder geschriebene Prozedere gäbe. Zweiteres würde angefangen oder fortgeschrieben werden.
- Janina Beckmeier schlägt vor, sich an den RCDS zu wenden, die den Kontakt zur letzten Wahlleitung herstellen könnten. Diese habe einen Leitfaden zur Wahl erstellt.
- Roman Patzer-Meyer gibt an, dass das Präsidium diese Kontaktdaten ebenfalls bereitstellen könne.
- David Westermann schlägt vor, die Kandidaten im Block zu wählen.
- Kira Lietmann fragt nach, ob jemand was gegen eine Blockwahl hätte. Dies wird verneint.
- Nikolai Rodehuts Kors fragt nach, ob ein Kandidat über sich selbst abstimmen dürfe.
- Kira Lietmann bejaht dies. Jeder Parlamentarier dürfe an allen Abstimmungen des Parlaments teilnehmen.

Abstimmung über Leonard Heimann als Vorsitzender sowie Till Rogalski und Sascha Burmeister als Stellvertreter der Wahlleitung für die Wahlen des 47. Studierendenparlaments:

Ja: 23

Nein: 0

Enthaltungen: 2

Leonard Heimann, Till Rogalski und Sascha Burmeister sind als Wahlleitung für die Wahlen des 47. Studierendenparlaments gewählt.

- Kira Lietmann fragt Leonard Heimann, Till Rogalski und Sascha Burmeister, ob sie die Wahl annehmen.
- Leonard Heimann, Till Rogalski und Sascha Burmeister nehmen die Wahl an.

3 ANTRAGSTOP: BEITRAGSORDNUNG WINTERSEMESTER 2018/2019

- Julius Erdmann, Matthias de Jong und Saskia te Marveld halten für den AStA eine Präsentation.
- Gerrit Mauritz fragt, wie andere Unis ihren Hochschulsport finanzieren, insbesondere ob dies auch über Beiträge der Studierendenschaft geschehe.
- Julius Erdmann antwortet, dass es im Hochschulgesetz vorgesehen sei, dass die Studierendenschaft den Hochschulsport unterstütze. Die genaue Art sei aber nicht festgeschrieben. Des Weiteren gäbe es zweckgebundene Beiträge, mit denen diverse Projekte finanziert werden sollten.
- David Westermann findet die Argumentation nachvollziehbar gibt an, die Idee gut zu finden. Zu meckern sei aber darüber, dass die Erhöhung erst vor zwei Tagen beantragt worden sei. Mehr Vorlaufzeit wäre besser gewesen. Eine Erhöhung von 1,50€ sei ganz schön viel, was zusätzlich zu den anderen, wahrscheinlich steigenden Kosten auf die Studierenden zukommen würde.
- Julius Erdmann antwortet, dass das alles auch beim AStA sehr spontan gewesen sei. Es sei mit entsprechenden Leuten besprochen worden, dann wäre auf Rückmeldung von Frau Probst gewartet worden, die erst vor 2 Tagen aus dem Urlaub zurückgekehrt sei; hierbei habe Julius gar nicht mitbekommen, dass Frau Probst im Urlaub war. Es werde nicht wieder vorkommen, was unter Anderem daran liege, dass dies seine letzte Beitragsänderung sei. Aber es sei auf jeden Fall ein Riesenfehler von ihnen gewesen.
- Sophie Allmansberger stellt richtig, dass durch die Gründung des neuen Fachschaftsrates keine neuen Gelder vom AStA beansprucht werden würden – im Gegensatz zur Aussage von Julius.
- Julius erwidert, dass es die Regelung gibt, dass 10% des AStA-Beitrags an die Fachschaften gehen, und somit mehr Gelder an alle Fachschaften gehen würden. Nach Rechnungen wären dies knapp 1000€ an Geldern.

- Matthias de Jong ergänzt, dass Sophie Allmansberger Recht hat, dass es bei der angegebenen Fachschaft keine zusätzlichen Gelder kosten würde. Es ginge hierbei eher um die Trendentwicklung.
- Stephan Lehradt gibt an, dass die Wahlbeteiligung immer noch vernichtend sei. Sie betrage weniger als 15%, weshalb das Studierendenparlament keine legitimierte Arbeit betreiben könne. Man sollte nicht so viel Gelder der Studierenden raushauen, wenn man von so wenigen Studierenden getragen wird. Jedes Jahr kämen neue Aktionen hinzu, der AStA würde noch weiter aufgebläht, der AStA gibt immer mehr Geld aus. Dadurch kommen immer höhere Beiträge zusammen. Diese Angebote würden auf kein Interesse in der Studierendenschaft stoßen, weshalb man den Beitrag so lassen solle, wie er ist, die Aufgaben des AStA zusammengestrichen würden, und nicht erwartet werden würde, dass alle Studierenden die Aktionen des AStA finanzieren.
- Julius Erdmann erwidert, dass die Erhöhung des AStA-Beitrags auch unter Anderem dazu genutzt werden soll, die Anwaltskosten zu bezahlen, um den Semesterticketbeitrag auf Dauer senken zu können. Ob die verfasste Studierendenschaft überhaupt legitimiert ist, sei eine andere Diskussion, die er hier nicht beantworten wollen würde.
- Saskia te Marveld ergänzt, dass der AStA niemandem einen Bären aufbinden wolle. Paderborn hätte als Studierendenstadt sehr viel Potential, was sie derzeit – gerade an Wochenenden – nicht nutzt. Der AStA kämpft dafür, dass Paderborn allgemein als attraktive Studierendenstadt anerkannt werde. Sie bittet um sachlichere Kritik.
- Carsten Müller gibt an, dass die Leute, die ihr Wahlrecht nicht annehmen, selber Schuld seien. Des Weiteren sagt er, dass 1,50€ pro Student nicht so viel seien. Gerade wenn man bedenkt, dass man durch die Anwaltskosten im Endeffekt mindestens 5-10€ pro Student mehr einsparen könne, wenn man jetzt einmal 1,50€ investiere, sei die Investition gut.
- Matthias de Jong erwähnt, dass [54:49]

Abstimmung über die Anerkennung der Initiative „Uni-Sing-Gedöns“:

Ja: 17

Nein: 0

Enthaltungen: 0

Die Gruppe wurde als Initiative anerkannt.

4 BERICHTE

4.1 Bericht des Präsidiums

- Carsten Müller berichtet, dass das Präsidium weiterhin auf Facebook Berichte und Beschlüsse veröffentliche. Des Weiteren sei die Stelle des Typo3-Programmierers erneut ausgeschrieben worden. Er habe sich außerdem mit Hakan Chousein über die Stellenausschreibung beraten, da bisher keine Bewerbungen eingegangen seien. Die Befristung der Stelle auf 3 Monate schein unattraktiv auf die Studierenden zu wirken, sodass die Befristung in der nächsten Stellenausschreibung überarbeitet werde. Des Weiteren habe sich das Präsidium um ein Büro in der Stadt beworben. Auf diesen Aspekt werde im weiteren Verlauf der Sitzung näher eingegangen. Des Weiteren habe sich das Präsidium um Büroausstattung gekümmert. In Zusammenarbeit mit dem AStA seien Tacker, Locher und weiterer Bedarf bestellt worden. Das Büro sei nun eingerichtet und wenn die technischen Geräte hinzukämen, könne dort produktiv gearbeitet werden.
- Dennis Bienkowski ergänzt, dass in der letzten Sitzung die Frage aufgekommen sei, wie das Präsidium bezüglich der Facebookposts damit umgehen solle, wenn eine Person, die sich zur Wahl gestellt habe, nicht gewählt worden sei. Das Präsidium wolle wissen, ob auch dazu ein Post mit namentlicher Nennung verfasst werden oder ob dies nicht veröffentlicht werden solle.
- Janina Beckmeier antwortet, dass sie es präferieren würde, wenn personenbezogene Daten nicht gepostet werden würden. Sie würde es nicht gut finden, Personen öffentlich an den Pranger zu stellen.
- David Westermann stimmt Janina Beckmeier zu, denn der Umstand, dass die Person nicht gewählt worden sei, liege häufig nicht an der Person selbst. Des Weiteren könne dies in Bezug auf zukünftige Bewerbungen ein negatives Licht auf Personen werfen.
- Stephan Lehradt entgegnet, dass es ebenfalls zur Demokratie gehöre, nicht gewählt zu werden. Aufgrund dessen halte er eine Veröffentlichung für wichtig. Es gehe außerdem nur um ein Amt, in das die Person nicht gewählt worden sei, und nicht um einen Job.

- Dennis Bienkowski kommentiert, dass in den Berichten weiterhin stehen werde, dass eine Person nicht gewählt worden sei. Zur Diskussion stehe lediglich, ob zusätzlich ein Bild gepostet werden solle.
- Gerrit Mauritz sagt, dass Facebook nicht die primäre Veröffentlichungsplattform des Studierendenparlaments sei, sodass er damit einverstanden sei, wenn dies dort nicht veröffentlicht werde.
- Carsten Müller merkt an, dass das Präsidium im Sinne des Studierendenparlaments veröffentlichen wolle. Aufgrund dessen würden sie sich absichern wollen, welche Meinung die Parlamentarier vertreten würden.
- Hakan Chousein sagt, dass entpersonalisiert berichtet werden könne, sodass lediglich auf dem Bild stehe, dass eine zur Wahl gestellte Person nicht zum Kulturreferenten gewählt worden sei.
- Carsten Müller fasst zusammen, dass das Präsidium zukünftig nur posten werde, dass ein zur Wahl gestellter Kandidat nicht gewählt worden sei. Der Name werde auf einem Bild nicht veröffentlicht.

4.2 Bericht der stud. Senatoren

- Mareike Meyerink berichtet, dass der Senat getagt habe, aber dass keine für die Studierendenschaft relevanten Themen diskutiert worden seien. Voraussichtlich werde jedoch in der kommenden Sitzung die Ethikkommission gewählt.
- Stephan Lehradt fragt, ob es bereits Vorschläge gebe, wer die Studierendenschaft in der Kommission vertreten solle.
- Mareike Meyerink antwortet, dass die Personen noch nicht fest stehen würden, aber dass es Vorschläge gebe. Die Namen würde sie jedoch nicht preisgeben.

4.3 Bericht der stud. Mitglieder des Verwaltungsrates des StwPB

- Mareike Meyerink berichtet, dass die studentischen Mitglieder sich mit Carsten Walther getroffen hätten, um über die Müllproblematik an der Universität zu sprechen. Aus dem

Gespräch sei hervorgegangen, dass es zu wenig Mülleimer in den Gebäuden gebe, so dass eine Mülltrennung nicht erfolgen könne. Aufgrund dessen würden sie das Gespräch mit Dezernat 5 suchen, um dafür eine Lösung zu finden. Des Weiteren sei über die Barrierefreiheit an der Universität gesprochen worden, da es immer noch Defizite gebe, die nun dezimiert werden sollen.

4.4 Bericht des Haushaltsausschusses

- Carsten Müller berichtet, dass der Haushaltsausschuss zwei Mal getagt habe. Es sei eine Kassenprüfung als Jahresabschlussprüfung durchgeführt worden. Dabei habe sich gezeigt, dass die Bargeldkassen sehr ordentlich geführt worden seien. Auch das Mensapfandsystem habe gut funktioniert. Lediglich Kleinigkeiten seien negativ aufgefallen, aber seien mit dem AStA besprochen worden. Des Weiteren habe der Haushaltsausschuss die Rechenschaftsberichte durchgeschaut. Es seien kleinere Defizite aufgefallen, die an die Initiativen weitergegeben werden sollen. Außerdem hätten vier Initiativen ihre Berichte erst im Januar eingereicht. Diese seien nun aber entsperrt worden, weil die Berichte sehr gut gewesen seien. Eine weitere Initiative habe ihren Bericht jedoch erst nach dem 31.01.2017 eingereicht, sodass die Entsperrung nur durch das Studierendenparlament erfolgen könne, wenn sie sich bezüglich der Problematik melden sollten. Es gebe zudem Initiativen, die ihren Bericht bisweilen gar nicht eingereicht hätten. Gerüchten zufolge löse sich eine der betreffenden Initiativen auf, doch wisse er dies nicht mit Sicherheit. Außerdem laufe die Rechnungsergebnisprüfung.
- Mareike Meyerink fragt, welche Initiative sich auflöse.
- Carsten Müller antwortet, dass es sich um die Initiative PSS handle, aber dass diese Information überprüft werden müsse.
- Helmut Ngawa berichtet, dass die Mitglieder der Initiative ASG nicht darüber informiert worden seien, dass ein Rechenschaftsbericht einzureichen sei. Sie hätten ihren Bericht nun dem AStA zukommen lassen, da sie vor kurzem darüber informiert worden seien, dass das notwendig sei, um weiterhin finanzielle Unterstützung zu erhalten.
- Janina Beckmeier ergänzt, dass der Bericht in ausgedruckter Form an den AStA und per Mail an den Finanzer übermittelt werden müsse.

- Carsten Müller kommentiert, dass in der Satzung der Studierendenschaft und der Finanz- und Haushaltsordnung formuliert sei, dass Initiativen einen Rechenschaftsbericht einreichen müssen. Dies sei auch für die ASG bindend. Er bietet Helmut Ngawa jedoch an, weitere Details nach der Sitzung zu klären.

4.5 Bericht des Satzungsausschusses

- Lars Glindkamp berichtet, dass der Satzungsausschuss zwei Mal getagt habe. Dabei sei die Satzung der Initiative „Uni Sing Gedöns“ geprüft worden. Des Weiteren seien Angelegenheiten geprüft worden, mit denen das Studierendenparlament des Satzungsausschuss beauftragt habe. Bezüglich des Schlichtungsausschusses war es den Mitgliedern des Satzungsausschusses nicht ersichtlich, wie die man die Voraussetzungen für mögliche Bewerber noch weiter herabsetzen könne, ohne die Kompetenzen der Mitglieder oder die Neutralität des Gremiums zu gefährden. Bezüglich der Urabstimmung müsse die Satzung noch an §53 Abs. 5 des Hochschulgesetzes angepasst werden, da die Hürde im Hochschulgesetz von 30 auf 20 Prozent gesenkt worden sei. Des Weiteren sei darüber diskutiert worden, dass bezüglich der Mindestbeteiligung zur Initiierung einer Urabstimmung oder Vollversammlung auf absolute Zahlen statt Prozentzahlen gewechselt werden könne. Der letzte Aspekt, mit dem sich der Satzungsausschuss auseinandergesetzt habe, sei der Live-Stream zu Sitzungen des Studierendenparlaments gewesen. Ausgehend von der Satzung sei die Einrichtung eines solchen Streams möglich, da die Sitzungen des Parlaments hochschulöffentlich seien.
- Carsten Müller kommentiert, dass die Schreibkraft des Präsidiums – Kristin Spiecker – sich um die Neufassungen der Satzungen und Ordnungen kümmere. Folglich müssten diese dann neu beschlossen werden und die Anpassungen könnten in Verbindung mit diesen Beschlüssen vorgenommen werden.

4.6 Bericht des AStA

- Janina Beckmeier berichtet, dass der AStA entschieden habe, welche Gruppen die Räumlichkeiten in der Stadt beziehen dürften. 7 Initiativen hätten einen Raum bekom-

men und der AStA habe sich mit den betreffenden zusammengesetzt. Die Gruppen müssen Untermietverträge unterschreiben und eine Kautionszahlung leisten. Außerdem sei festgelegt worden, dass die Gruppen eine Reinigungsgebühr von 450 Euro zahlen müssen, sollten sie die Räumlichkeiten nicht ordentlich hinterlassen. Es werde diesbezüglich noch ein Treffen mit den Gruppen geben, bei dem alle Details besprochen werden sollen. Der Vorstand und die Kulturreferenten würden wöchentliche Kontrollen durchführen, um zu gewährleisten, dass die Räume gut behandelt werden würden. Müsse der AStA einer Gruppe gegenüber 3 Verwarnungen aussprechen, werde ihnen der Raum nicht weiter zur Verfügung gestellt. In der kommenden Woche erhalte der AStA die Schlüssel zu den Räumlichkeiten, sodass die Möbel ausgesucht werden können. Dabei werde primär auf die Kosten und nicht auf das Aussehen der Möbel geachtet.

Des Weiteren habe Jessica Gross sich erneut mit den Streckenerweiterungen beschäftigt. Der Vertrag bezüglich der Streckenerweiterung nach Hannover kann nun bereits zum 1.03.2018 gekündigt werden und die Preisberechnung erfolge auf den Tag genau. Die Streckenerweiterung nach Kassel könne nun bis zum Hauptbahnhof ohne Mehrkosten genutzt werden. Außerdem sei die Partyterminvergabe erfolgt. Es werde fast jeden Donnerstag eine Party geben, jedoch werde nur eine im Foyer der Bibliothek stattfinden. Die Parties in der Mensa seien attraktiver. Der AStA werde außerdem zusammen mit der Fakultät Kulturwissenschaften eine Party veranstalten. Des Weiteren habe der AStA ILive wegen des Projekts „Wohnen für Hilfe“ angeschrieben, um möglichst die Aufnahme eines Portraits oder eines anderen Beitrages zu erzielen. Aktuell würden sie jedoch noch auf Antwort warten. Für das Projekt selbst hätte der AStA fast sein drittes Wohnpaar erreichen können, doch hätten diese ihr Angebot zurückgezogen. Ihr sei bereits mehrfach zu Ohren gekommen, dass mehrfach gesagt werde, dass außer „deutschen weißen Mädchen“ keine Mitbewohner erwünscht seien. Dies bedauere sie. Deshalb überlege der AStA zurzeit, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um dies zu ändern. Des Weiteren werde der geplanten Filmreihe ein Film zum Thema Autismus hinzugefügt und der Inklusionsstammtisch finde weiterhin statt. Es werde zudem Workshops zu den Themen Prüfungsangst und Rhetorik geben und es würden regelmäßig Lernräume für die Studierendenschaft organisiert werden. Dieses Angebot werde auch

gut angenommen. Außerdem habe der AStA neue Proben für Merchandise bestellt. Sollten diese gut aussehen, würden sie mit dem Logo des AStA bedruckt und beim Kickoff ausgelegt werden. Die neuen Kulturreferenten hätten zudem Amtsübergabe gehabt und sich eingearbeitet. Außerdem sei ein Campusstreetfoodmarket in Planung. Des Weiteren beginne der Vorverkauf für das Sommerfestival am 18.04.2017. Die Headliner würden jedoch erst am 1.05.2017 bekannt gegeben werden. Auch die Ausschreibung für das Jahr 2018 sei nun schon herausgegeben worden, um im kommenden Jahr weniger für das LineUp zahlen zu müssen. Es gebe zudem die Überlegung, dort keine Indoor-Party anzubieten, da – wenn schwierige Situationen entstehen würden – sie immer dort entstehen würden. Aufgrund dessen müsse das Programm draußen um eine Bühne erweitert werden. Die Entwicklung der AStA-App verzögere sich ein wenig, da die Homepage zusammengebrochen sei. Diese müsse zuerst wiederhergestellt werden und werde nun in Wordpress geschrieben, um die Bearbeitung zu vereinfachen. Außerdem sei der CopyClient nun online und der AStA habe die Gelder an die Fachschaften überwiesen.

- Daphne Dlugai kommentiert, dass bezüglich der Streckenerweiterungen des Semestertickets viele Fragen auf Facebook gestellt werden würden. Aufgrund dessen bittet sie trotz des Seitenumbaus darum, die Informationen auf der Webseite des AStA aktuell zu halten.
- Janina Beckmeier antwortet, dass Jessica Gross und Sebastian Eßfeld daran arbeiten würden.
- Gerrit Mauritz fragt, warum die Fakultät der Kulturwissenschaften zusammen mit dem AStA eine Party veranstalte.
- Janina Beckmeier antwortet, dass viele Fachschaften der Kulturwissenschaften auf den AStA zugekommen seien und danach gefragt hätten.
- Stephan Lehradt fragt, ob der AStA in Bezug auf die mögliche Kündigung der Streckenerweiterung nach Hannover zum 01.03.2018 einen Antrag ausarbeiten könne, mit dem objektiv bewertet werden könne, ob die Streckenerweiterung erfolgreich sei. Sollte die Strecke nicht den gewünschten Erfolg bringen, solle sie zu diesem Termin gekündigt werden.
- Janina Beckmeier antwortet, dass sie sich bereits bei der Bahn erkundigt habe, ob diese Zahlen vorlegen könnten. Dies würden sie jedoch nicht wollen, sodass der Erfolg der

Strecke nicht an Hand von Zahlen bewertet werden könne. Deshalb wolle der AStA eine Umfrage an die Studierenden durchführen.

- Stephan Lehradt entgegnet, dass er festgelegte Standards wünsche, an Hand derer der Erfolg bewertet werden könne.
- Gerrit Mauritz stimmt zu, dass repräsentative Zahlen dazu notwendig seien.
- Janina Beckmeier entgegnet, dass diese Zahlen dem AStA aber nicht vorliegen werden.
- Gerrit Mauritz kommentiert, dass der AStA dann eine Alternative erarbeiten müsse, um die Strecke objektiv beurteilen zu können.
- David Westermann sagt, dass eine repräsentative Umfrage in den Zügen die Kosten der Streckenerweiterung übersteigen werde und damit nicht sinnvoll sei.
- Mareike Meyerink sagt, dass sie die Umfrage an die Studierendenschaft über den Verteiler verbreiten würde.
- Christina Everding schlägt vor, eine Umfrage vor der Einführung und eine am Ende der Vertragslaufzeit durchzuführen, um zu schauen, ob sich das Meinungsbild verschiebe.
- Janina Beckmeier findet die Idee gut.
- Stephan Lehradt schlägt vor, eine Urabstimmung durchzuführen.
- Niels Siemensmeyer hebt hervor, dass der AStA bei dieser Umfrage gewährleisten müsse, dass jeder Studierende nur eine Stimme abgeben könne.
- Hakan Chousein berichtet, dass der AStA Stellenausschreibungen veröffentlicht habe, für die die Parlamentarier gerne werben dürften. Die Stellen müssten neu besetzt werden, da die ehemaligen Mitarbeiter die Zeit für die Stelle nicht mehr aufbringen könnten.
- Mareike Meyerink fragt, ob Hakan Chousein die Stellen beschreiben könne.
- Hakan Chousein antwortet, dass eine Kraft für das Sozialbüro gesucht werde, die eine beratende Tätigkeit ausüben solle, des Weiteren werde eine Kraft für den CopyService gesucht, die dort den Maschinenpark bedienen und die Kunden betreuen solle, und dass eine Stelle als Administrator frei sei, für welche die betreffende Person den Server und die Computer betreuen müsse.
- Kaya Mrugalla berichtet, dass sie sich bezüglich des Konferenzsaales in P9 mit einem Vertreter von Dezernat 5 getroffen habe. Dieser Saal werde nun neu gestrichen und erhalte einen neuen Teppich, damit er wieder genutzt werden könne. Des Weiteren habe der AStA eine neue Theke bei einem Paderborner Unternehmen bestellt, da es mit der

Lieferung der letzten Schwierigkeiten gegeben habe. Diese werde voraussichtlich im kommenden Monat geliefert. Außerdem sei das Lager neben dem AStA aussortiert und aufgeräumt worden. Es stehe nun deutlich mehr Platz zur Verfügung.

- Stephan Lehradt erkundigt sich nach der Theke.
- Kaya Mrugalla antwortet, dass es sich um eine Empfangstheke für die Schreibkräfte handele.
- Caroline Kaiser berichtet, dass sie bei der Mitgliederversammlung des Forums Studienplatztausch gewesen sei und dass sie viele Informationen erhalten habe. Dort sei ein Mitglied des Vorstandes neu gewählt worden. Des Weiteren habe sie an der Mitgliederversammlung des Freien Zusammenschlusses von Studentinnenschaften teilgenommen habe, aber dass diese nicht sehr informativ gewesen sei. Durch bürokratische Prozesse hätten sich die interessanten Inhalte verschoben und seien letztendlich nicht besprochen worden. Sie hätten jedoch durchgerechnet, dass die Teilnahme an dem Projekt in etwa 15.000 Euro kosten würde. Nach derzeitigem Stand lohne sich eine Teilnahme nicht.
- Stephan Lehradt kritisiert den Freien Zusammenschluss von Studentinnenschaften und erachtet einen Beitritt ebenfalls als nicht sinnvoll.
- Benjamin Riepegerste stimmt Stephan Lehradt in Bezug auf den Beitritt zu.
- Lars Glindkamp fragt Caroline Kaiser, ob sie beabsichtige, beizutreten.
- Caroline Kaiser antwortet, dass sie nur an dem Treffen teilgenommen habe, um sich zu informieren. Beitreten wolle sie jedoch nicht.
- Christian Schmidt fragt, ob es einen alternativen Verband gebe.
- Stephan Lehradt antwortet, dass es auf Bundesebene Gespräche zwischen RCDS und LHG gebe, einen derartigen Verband zu gründen.
- Matthias de Jong berichtet, dass das O-Phasenabsprachentreffen positiv verlaufen sei. Die Selbstverwaltung sei gut ausgearbeitet worden. Außerdem habe er sich mit Frau Koch getroffen und es werde voraussichtlich ein zentrales Treffen geben. Problematisch an diesem Treffen sei jedoch, dass dies sehr früh stattfinden müsse und dass er sich zurzeit die Frage stelle, ob ein weiteres Treffen zum Thema Vernetzung in dieser Zeit sinnvoll sei. Außerdem kümmere er sich um die Aktivenparty und das Tagesgeschäft.
- Janina Beckmeier sagt, dass die Listen sich für den Kickoff, der vom 25.4. bis zum 28.4. stattfinde, anmelden könnten.

4.7 Sonstige Berichte

- Stephan Lehradt fragt, ob der Ausschuss für Hochschulwahlen konstituiert worden sei.
- Carsten Müller antwortet, dass dies geschehen sei und dass Hendrik Risse der Vorsitzende sei.
- Alper Kurtcuoglu kommentiert, dass der Ausschuss sich bisher einmalig getroffen habe.

5 DISKUSSIONSTOP: PAPPBECHER BEIM STUDIERENDENWERK7

- Carsten Müller berichtet, dass er ein Gespräch mit Carsten Walther über die Pappbecherproblematik geführt habe. Im Jahr 2015 seien 420.000 Kaffees und davon 370.000 in Pappbechern verkauft worden. 2016 seien 336.000 Kaffees und davon 307.400 in Pappbechern oder der Studierendenwerkstasse verkauft worden. Das Verhältnis werde jedoch ähnlich wie im Vorjahr sein. Problematisch daran sei, dass sehr viel Müll verursacht werde. Jedoch löse ein Preisaufschlag von beispielsweise 50 Cent auf den Kaffee im Pappbecher das Problem nicht, da die Studierenden in diesem Fall auf die Tassen des Studierendenwerks umsteigen und diese nicht zurückbringen würden. So müsse das Studierendenwerk noch mehr Tassen erwerben, um die nicht zurückgebrachten Tassen zu ersetzen, und dies sei ökologisch ebenso wenig zu vertreten. Eine Idee des Studierendenwerks sei es, eine Aufklärungskampagne mit Flyern zu starten, um das Bewusstsein der Studierenden zu fördern. Dazu solle Pfand auf die Kaffeetassen des Studierendenwerks genommen und der Preis des Kaffees im Pappbecher auf 1,30 Euro erhöht werden. Im eigenen Becher hingegen solle der Kaffee nur 80 Cent kosten und in der Studierendenwerkstasse 1 Euro zuzüglich Pfand. Zusätzlich müssten ein oder zwei Pfandrücknahmeplätze eingerichtet werden. Bisher habe kein Studierendenwerk in Deutschland eine gute Lösung für das Problem gefunden. Die Aufgabe des Studierendenparlaments sei es nun, sich Gedanken über die Umsetzbarkeit des Vorschlags zu machen. Der Fairtradebecher, den das Studierendenwerk vertreibe, sei nicht optimal und das sei ihnen auch bewusst.

- Christina Everding kommentiert, dass der Vorschlag nicht funktionieren werde, da der Kaffee im Pappbecher vorerst günstiger sei als der Kaffee in der Studierendenwerkstasse mit Pfand. Außerdem seien deutlich mehr Sammelstellen für Tassen notwendig, wenn gegen den Tassenschwund vorgegangen werden solle. Wenn Studierende ihre Tasse beispielsweise mit in das Gebäude L nehmen würden, würden sie diese nur ungern zurück in die Cafété bringen. Außerdem fragt sie, ob die Aspekte aus dem Papierflyer auf die Tassen gedruckt werden könnten.
- Mareike Meyerink antwortet, dass die Becher bereits so angeliefert werden, wie sie abgebildet seien. Weiße Tassen seien deutlich teurer als diese Variante.
- Christina Everding fragt, ob in Bezug darauf verhandelt werden könne, da das Studierendenwerk eine große Anzahl an Tassen abnehme.
- Mareike Meyerink antwortet, dass dies mit Carsten Walther besprochen werden müsse. Des Weiteren habe sie sich ebenfalls mit Carsten Walther getroffen. Sie halte die Flyer für keine gute Lösung, da sie auch nicht nachhaltig seien. Stattdessen könnten Plakate aufgehängt werden, da diese weniger Müll produzieren würden als die Flyer. Herr Walther habe auf diesen Vorschlag jedoch entgegnet, dass Studierende die Plakate häufig nicht wahrnehmen würden, und sie glaube, dass er Recht habe. In Bezug auf das Pfandproblem halte sie das Prinzip des Autoloads für sinnvoll, durch das bei einer bestimmten Summe auf der Karte das Guthaben automatisch aufgeladen werde. Dies sei eine gute Lösung, um immer genug Geld für den zusätzlichen Pfandbetrag auf der Karte zu haben, und außerdem verfolge das Studierendenwerk aus Kostengründen das Ziel, möglichst wenig Bargeld zu verwenden. Als Pfandstation denke Herr Walther aktuell das Lädchen an, aber sie verstehe, dass mehr Stationen benötigt werden würden. Problematisch daran sei jedoch, dass die Fluchtwege frei gehalten werden müssten und deshalb gebe es Probleme mit dem Dezernat 5.
- Lars Glindkamp kommentiert, dass das Pfandsystem ermögliche, sich mit den noch aufbewahrten Tassen Pfand zu erhalten, der nicht bezahlt worden sei. Außerdem müssten die Öffnungszeiten gut durchdacht sein, damit die Tassen zurückgegeben werden können, wenn der Kaffee ausgetrunken worden sei.
- Carsten Müller antwortet, dass es neue Tassen geben werde, um dies zu verhindern.

- Mareike Meyerink sagt, dass die Öffnungszeiten der Rücknahmestation täglich bis 18 Uhr geplant seien.
- Daphne Dlugai kommentiert, dass es als Alternative Becher aus Biopolymeren gebe, die biologisch abbaubar seien.
- Carsten Müller antwortet, dass diese Idee bereits diskutiert worden sei. Die Becher müssten gesondert entsorgt werden. Sollten sie im normalen Müll der Universität entsorgt werden, würden sie das Studierendenwerk viel Geld kosten, aber nicht für den gewünschten Effekt sorgen.
- Niels Siemensmeyer fragt, ob der angesprochene Flyer veröffentlicht werde.
- Carsten Müller antwortet, dass diese Entscheidung nicht beim Studierendenparlament liege. Er habe lediglich den Auftrag bekommen, ein Meinungsbild des Studierendenparlaments einzuholen.
- Niels Siemensmeyer fragt, ob der Inhalt der Flyer mit Quellen belegt sei, denn die aufgeführten Zahlen können seiner Meinung nach nicht korrekt sein oder seien nicht präzise formuliert. Außerdem fragt er, ob der Vorschlag mit den genannten Kaffeepreisen bereits beschlossen worden sei.
- Carsten Müller antwortet, dass er über die Inhalte des Flyers nicht informiert worden sei. Der Preisvorschlag, den er präsentiert habe, werde eingeführt, wenn das Studierendenparlament dies beschließen würde.
- Niels Siemensmeyer kommentiert, dass er über die Inhalte des Flyers vor Veröffentlichung diskutieren würde.
- Kira Lietmann hebt ebenfalls hervor, dass der Effekt, den Pappbecherkonsum zu reduzieren, mit dem vorgestellten Modell nicht eintreten werde, da der Kaffee in Tassen auf den ersten Blick teurer als in Pappbechern wirke. So würden lediglich die Preise ansteigen.
- Carsten Müller stimmt Kira Lietmann zu.
- Gerrit Mauritz fragt, ob die Pappbecher abgeschafft werden könnten.
- Mareike Meyerink entgegnet, dass daraus resultieren könne, dass der Preis für die nicht zurückgebrachten Tassen auf die Semestergebühren umgewälzt werde.

- Janina Beckmeier erzählt, dass der AStA einen Deal mit dem Grillcafé habe: Die Tassen würden im AStA in einer blauen Kiste gesammelt werden und die Mitarbeiter des Grillcafés würden diese spülen. Man könne solche Kisten in der Universität verteilen und diese als Sammelstellen nutzen. Sie denke, dass so mehr Sammelstellen eingerichtet werden könnten und so gegen das Problem vorgegangen werden könne, dass Studierende zu faul seien, ihre Tassen zurückzubringen.
- Mareike Meyerink hält diese Idee für gut, aber entgegnet, dass diese aufgrund der Fluchtwege wahrscheinlich nicht umgesetzt werden könne. Sie schlägt vor, für den Kaffee in Pappbechern 1,50 Euro zu verlangen und kein Pfand auf die Tassen des Studierendenwerks zu verlangen. Die Übereinnahmen für den Pappbecher könnten auf die Kosten für neue Tassen umgewälzt werden.
- Carsten Müller kommentiert, dass diese Idee mit Herrn Walther bereits diskutiert worden sei, aber dass befürchtet werde, dass die Übereinnahmen für den Pappbecher nicht ausreichen würden, um die Kosten für neue Tassen zu decken, da nur sehr wenig Studierende einen Pappbecher kaufen würden. Stattdessen würden alle eine Tasse nehmen und diese in vielen Fällen nicht zurückbringen.
- Niels Siemensmeyer kommentiert, dass die Tassen nicht 2 Euro pro Stück kosten würden. Das Studierendenwerk würde durch weitere Preiserhöhungen höhere Gewinne erzielen.
- Daphne Dlugai kritisiert die Flyer. Sie halte es für sinnvoller, die Informationen via Masta, Universal und über die Infobildschirme zu verbreiten. Sie schlägt zudem vor, an der Baristatheke im Pub keine Pappbecher mehr auszugeben, sondern nur noch Tassen anzubieten. Des Weiteren könne der Kaffee im eigenen Becher zu einem subventionierten Preis von 80 Cent angeboten werden, wenn sowohl der Kaffee im Pappbecher als auch in der Studierendenwerkstasse 1,50 Euro kosten würde.
- Carsten Müller hebt hervor, dass er die Flyer nicht befürworte. Er notiere sich zudem Daphne Dlugais Vorschläge.
- Benjamin Riepegerste argumentiert ebenfalls gegen die Flyer. Er halte die Sammelstationen in den Fluren der Universität für eine gute Idee. Da es bereits Altpapierkisten auf vielen Fluren gebe, die die Fluchtwege nicht behindern würde, glaube er, dass die Idee umsetzbar sei. Ihm sei zwar bewusst, dass das Studierendenwerk durch dieses Modell

Gewinne erziele, doch erhoffe er sich davon, dass der Sozialbeitrag über einen längeren Zeitraum konstant gehalten werden könne.

- Stephan Lehradt sagt, dass er den Vorschlag für eine Umerziehungsmaßnahme halte, von der er nicht überzeugt sei. Es handele sich um ein gesellschaftliches Problem, das durch dieses Projekt an einer Universität nicht behoben werden könne. Des Weiteren gebe es im Umkreis der Universität Konkurrenz. Sollte der Preis für den Kaffee den Studierenden zu hoch sein, könnten diese ihren Kaffee in anderen Lokalitäten konsumieren.
- Janina Beckmeier schlägt vor, den Studierenden ein festgelegtes Kontingent an Pappbechern zur Verfügung zu stellen. Sollten diese vergriffen sein, könne der Kaffee nur noch in einer Tasse des Studierendenwerks oder im eigenen Becher erworben werden. Eine Alternative sei zudem, den Preis für das Essen der Mitarbeiter um 20 Cent anzuheben. Da die Studierendenschaft bereits einen Solidaritätsbeitrag zahle, könne auf diese Weise das Geld für die nicht zurückgebrachten Tassen aufgebracht werden.
- Niels Siemensmeyer kommentiert, dass es einige Mitarbeiter gebe, die die Delicard nutzen und das Essen zu den Preisen der Studierenden kaufen würden. Auf diese Weise würde Geld eingebüßt werden, mit dem die Tassen ersetzt werden könnten.
- Carsten Müller kommentiert, dass er dies im Gespräch mit Herrn Walther vorschlagen werde, es aber nicht für sinnvoll halte, die Mitarbeiter gegen die Studierenden auszuspielen.
- Christian Schmidt sagt, dass das Studierendenwerk selbst Ideen hervorbringen solle, wenn sie gewillt seien, etwas gegen die Pappbecher zu unternehmen. Das Studierendenparlament sei zwar bereit, unterstützend zu agieren, aber es sei nicht die Aufgabe der Parlamentarier, eine Lösung auszuarbeiten. Dazu würden zu wenig Informationen über die Finanzen vorliegen.
- Carsten Müller sagt, dass das Studierendenparlament über die Meinung zu diesem Thema diskutieren könne, sodass er diese an Herrn Walther weitergeben könne.
- Janina Beckmeier kommentiert, dass die geschlossene Meinung zu sein scheint, dass die Parlamentarier den Vorschlag des Studierendenwerks nicht gut finden, sodass ein neuer ausgearbeitet werden müsse.

- Christian Schmidt sagt, dass es nicht die Aufgabe des Parlaments sei, Lösungen auf ihre Umsetzbarkeit zu prüfen.
- Stephan Lehradt fordert Carsten Müller auf, diese Position im Gespräch mit Herrn Walther deutlich zu machen.
- Janina Beckmeier hebt hervor, dass das Studierendenparlament bezüglich dieses Tagesordnungspunktes keinen Beschluss fassen müsse.
- David Westermann stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Schließung der Redeliste.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag:

Ja: 15

Nein: 1

Enthaltungen: 2

Die Redeliste wird geschlossen.

- Benjamin Riepegerste betont, dass es ihm wichtig sei, keinen Beschluss bezüglich der Preiserhöhung zu fassen, da dies auf die Studierendenschaft wirken könne, als hätte das Studierendenparlament die Preiserhöhung zu verantworten. Dennoch solle die Chance, Einfluss auf derartige Entscheidungen zu nehmen, nicht aufgegeben werden.
- Gerrit Mauritz schließt sich Christian Schmidt an.
- Daphne Dlugai sagt, dass eine grundlegende Entscheidung getroffen werden müsse, da das Studierendenparlament nun drei Handlungsmöglichkeiten habe: Es könne ein Beschluss gefasst werden, eine Empfehlung ausgesprochen werden oder gar keine Stellung zu dem Thema bezogen werden. Sie selbst halte es für falsch, sich nicht zu dem Thema zu äußern oder gar einen Beschluss zu fassen.
- Christian Schmidt sagt, dass der AStA die Stimmung des Studierendenparlaments gegenüber diesem Vorschlag zum Ausdruck bringen könne. Die Parlamentarier seien bereit, die Abschaffung oder Reduktion der Pappbecher zu unterstützen, wenn eine gute Lösung gefunden werde. Sei dies nicht der Fall, trage das Studierendenparlament diese Entscheidung nicht mit. Herr Walther müsse sich bewusst sein, dass mitunter unpopuläre Entscheidungen getroffen werden müssen. Der AStA solle zwar Kooperationsbereitschaft signalisieren, aber diese habe Grenzen.

- Carsten Müller fasst die Situation zusammen: Die vorgeschlagenen Lösungen unterstütze das Studierendenparlament nicht. Auch die Flyer erachte das Parlament für wenig sinnvoll, wenn für mehr Nachhaltigkeit geworben werden solle. Die Idee, die Pappbecher abzuschaffen, würden sie unterstützen, aber nur, wenn dazu ein umsetzbarer Vorschlag ausgearbeitet werde.

6 DISKUSSIONSTOP: WAHL EINER WAHLLLEITUNG

- Carsten Müller berichtet, dass der Wahltermin näher rücke und dass deshalb eine Wahlleitung gewählt werden müsse. Er hoffe, dass sich bereits viele Parlamentarier Gedanken gemacht hätten. Anna Zarebski würde sich zudem bereit erklären, die Wahl erneut zu organisieren.
- Janina Beckmeier entgegnet, dass Anna Zarebski der Liste RCDS angehöre.
- Carsten Müller fährt fort, dass Sara Claus sich ebenfalls vorstellen könne, Teil der Wahlleitung zu sein, aber noch keine feste Zusage gegeben habe. Das Präsidium werde die Ausschreibung über die Facebookseite veröffentlichen und über den Verteiler des IMT werde die Ausschreibung ebenfalls verbreitet. Auf einer der kommenden Sitzungen solle möglichst eine Wahlleitung gewählt werden. Es sei zudem möglich, die Wahlbeteiligung erneut durch Gutscheine für beispielsweise Nachtisch zu steigern.
- Janina Beckmeier sagt, dass sie zwei Vorschläge habe und wisse, dass die betreffenden Personen zuverlässig arbeiten würden, da sie beim AStA angestellt seien.
- Stephan Lehradt kommentiert, dass er es seltsam finde, dass Janina Beckmeier sich darüber beklage, dass Anna Zarebski einer Liste angehöre, und selbst Personen vorschlage, die finanziell vom AStA abhängig seien.
- Christian Schmidt kommentiert, dass dies nicht diskutiert werden solle. Es gehe lediglich darum, Namen zu sammeln. Über die betreffenden Personen könne zum Zeitpunkt der Wahl diskutiert werden.
- Ömer Sen fragt, ob die Wahlleitung unabhängig sein müsse.
- Carsten Müller antwortet, dass die Wahlleitung nicht selbst zur Wahl stehen dürfe.
- Benjamin Riepegerste sagt, dass die Parlamentarier sich in erster Linie darüber freuen sollten, dass es Personen gebe, die das Amt ausüben wollen.

- Ömer Sen sagt, dass er sich umhören werde, ob er Personen kenne, die sich dieses Amt vorstellen könnten. Er wolle wissen, wie zeitintensiv die Aufgabe sei.
- Carsten Müller antwortet, dass er nicht einschätzen könne, wie viel Zeit das Amt in Anspruch nehme. Es gebe jedoch eine Aufwandsentschädigung für die investierte Zeit.
- Janina Beckmeier sagt, dass die Wahlleitung des letzten Jahres einen Leitfaden entwickelt habe, mit dem die Wahl organisiert werden könne.
- Ömer Sen fragt, bis wann die Namen der Personen eingereicht werden müssen.
- Carsten Müller antwortet, dass dies so früh wie möglich geschehen solle, Die Wahlleitung bestehe aus drei Personen. Die nächste Sitzung werde am 29.03.2017 stattfinden und in dieser solle möglichst eine Wahlleitung gewählt werden.
- Gerrit Mauritz hebt hervor, dass er eine öffentliche Ausschreibung für wichtig halte. Diese könne auch über die Webseite des AStA und des Studierendenparlaments verbreitet werden.
- Anna Nikpey fragt, welche Aufgaben die Wahlleitung erfüllen müsse.
- Carsten Müller erklärt, dass die Aufgabe der Wahlleitung die Organisation der Hochschulwahlen sei. Dazu müsse mit den Fakultäten zusammengearbeitet, ein Wahltermin abgesprochen die Auszählung koordiniert und die Wahl durchgeführt werden.
- David Westermann erklärt, dass die Wahlleitung für Personen, die das Amt zuvor noch nicht ausgeübt hätten, für einen Zeitraum von 3 Monaten einen Zeitaufwand eines Halbreferats bedeute.

7 DISKUSSIONSTOP: BÜRO IN DER STADT

- Dennis Bienkowski berichtet, dass das Präsidium sich um ein Büro in der Stadt beworben habe. Sie würden den Antrag jedoch zurückziehen. Sie hätten den Listen ein Büro zum Arbeiten bieten wollen.
- Stephan Lehradt fragt, ob die leerstehenden Räumlichkeiten neben der Mensa dafür zur Verfügung stehen würden.
- Janina Beckmeier antwortet, dass das Brandschutzkonzept dieses Gebäudes veraltet sei. Die Entwicklung eines neuen sei jedoch zu teuer, sodass das Gebäude nicht genutzt werden könne.

8 VERSCHIEDENES

- Benjamin Riepegerste sagt, dass er es begrüßen würde, wenn Initiativen und andere Vereinigungen nicht in den diesjährigen Wahlkampf involviert werden würden.
- Carsten Müller sagt, dass die nächste Sitzung für den 29.03.2017 angesetzt werde und dass dort vermutlich die Beitragsordnung besprochen werde. Im Mai und Juni werde er vermutlich mehrere Sitzungen geben, da die aktualisierten Satzungen und Ordnungen neu beschlossen werden müssten.

Carsten Müller schließt die Sitzung um 17:04 Uhr.

9 ANWESENDE PARLAMENTARIER/INNEN UND GÄSTE

9.1 Parlamentarier/innen

Name	Vorname	Liste	Von	Bis
Müller	Carsten	RCDS	14:00	17:04
Bienkowski	Dennis	EPI	14:00	17:04
Lietmann	Kira	Juso HSG	14:00	17:04
Reynolds	Natalie	SAI	14:09	17:00
Mauritz	Gerrit	EPI	14:00	17:04
Tanriverdi	Ugur	IVP	14:00	17:04
Dlugai	Daphne	CG feat. PMG	14:00	16:55
Igrek	Serdal	SDS	14:10	15:50
Lehradt	Stephan	LHG	14:00	17:04
Westermann	David	Juso HSG	14:00	17:04
Everding	Christina	Die LISTE	14:15	17:00
Kurtcuoglu	Alper	IVP	14:15	17:04
Leyva	Manuel	SDS	14:15	17:04

Meyerink	Mareike	SDS	14:00	17:04
Sen	Ömer	IVP	14:15	17:04
Glindkamp	Lars	CG feat. PMG	14:20	16:40
Nikpey	Anna	EPI	14:30	17:04
Riepegerste	Benjamin	SAI	15:15	17:04
Schmidt	Christian	SAI	15:25	17:04

9.2 Gäste

Name	Vorname	Von	Bis
Heusiek	Enke	14:15	17:04
Gebert	Marvin	14:15	17:04
Pilot	Martin	14:10	17:04
Ngawa	Helmut	14:10	15:50
Kaiser	Caroline	14:00	15:45
Ries	Sophia	14:00	15:38
Mrugalla	Kaya	14:00	15:45
Beckmeier	Janina	14:00	17:04
Chousein	Hakan	14:00	15:45
Yildirim	Ahmet Burak	14:00	17:04
De Jong	Matthias	14:45	17:04